Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 9

Artikel: Das Echo auf "Die Grenzen des Wachstums"
Autor: Wicke, B.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142067

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dem, was wir «Einbildung» nennen, zu Klassen- und Rassendünkel führt, werden die Konflikte noch größer, komplizierter und schwieriger.

Aber — und das ist das Neue und Erfreuliche und durchaus Christlich-Evangelische — nun beginnt in der weißen Welt eine Solidarisierungsbewegung mit den Leidenden und Benachteiligten und mit diesen Völkern. Darüber sollten sich Christen bei allen Spannungen und Fragen, die dabei kritisch zu bedenken sind, freuen, sich herzlich freuen.

Dies Bewegung der Solidarität mit der benachteiligten, unterprivilegierten, nichtweißen Bevölkerung in Südafrika fand am Freitag, dem 2. Juni dieses Jahres — genannt der «Schwarze Freitag» — in recht stattlichen Demonstrationen weißer Studenten in Kapstadt und Johannesburg ihren Ausdruck, bei der sich spontan auch Farbige, Schwarze/Bantus und Inder beteiligten. Diese Demonstrationen und Versammlungen in Kirchen wurden von der südafrikanischen Polizei recht brutal niedergeschlagen («Die Zeit» vom 16. Juni 1972: «Prügel in der Kathedrale»). Unter den Dutzenden, die verhaftet wurden, befanden sich auch der anglikanische Dekan King von Kapstadt, Pfarrer Theo Kotzé, der zweite Direktor des «Christlichen Instituts» und Pfarrer Wrankmoore, der durch einen 60tägigen Hungerstreik Ende letzten Jahres großes Aufsehen verursachte.

Deutlich ist eines: Diese Solidarisierung weißer (Studenten) Gebildeter mit den unterdrückten und in jeder Hinsicht benachteiligten Nichtweißen Südafrikas geht an die Grundlagen der Apartheid-Politik. Darum schritt die Polizei so entschieden ein, und wurde bis zum 8. Juli ein totales Versammlungsverbot (für Studenten) verhängt. Auf der anderen Seite ist das wohl der einzige Weg, um die Massenspannungen dort (in Südafrika) wie in der weiten Welt zu überwinden. Und dieser Solidarisierungsprozeß geht weiter, ist nicht aufzuhalten. Er entspricht übrigens dem Beispiel und Vorbild Jesu, und ist darum gut christlich und evangelisch. Auch unsere Aufgabe wird es in der Nachfolge Jesu sein, «Mission als Solidarität mit den Leidenden» zu begreifen, wie jener Missionspfarrer es nannte. K. Schmidt, ehem. Missionspfarrer, Bönnigkeim

Das Echo auf

«Die Grenzen des Wachstums»

Der Widerhall auf die Computerstudie, die auf Veranlassung des Club of Rome durch das Massachussetts Institute of Technology (MIT) gemacht wurde, ist vielstimmig und intensiv. Der Überblick, den wir darüber geben können, ist begreiflicherweise nicht umfassend und bezieht sich nur auf England, Frankreich, Italien, die DDR und die Schweiz.

Das erste gewichtige Echo auf die Mitte 1971 erschienene Studie, kam im Januar dieses Jahres im englischen «Ecologist» als «A blueprint for survival» (s. «Neue Wege», März 1972) zum Ausdruck. Diese Studie ist soeben in deutscher Übersetzung erschienen «Planspiel zum Überleben. Ein Aktionsprogramm».

Im Februar folgte der Brief von Sicco Mansholt an den damaligen Präsidenten der Europäischen Gemeinschaften, A. Malfatti (s. «Neue Wege», Mai 1972)[1]. Die Absicht Mansholts war es, nicht nur die EG aufzufordern, sich von der «Diabolik der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts» zu befreien, sondern auch eine internationale Debatte darüber auszulösen. Diesen Gefallen erwies ihm der Präsident der Kommunistischen Partei Frankreichs durch heftige Angriffe.

Im April erschien gleichzeitig in den vier Zeitungen «Die Welt», «Le Monde», «La Stampa» und «The Times» eine zehnseitige Beilage «Europa und Umwelt»[2] mit Artikeln von Wissenschaftern, Politikern, Soziologen und Journalisten Europas über Teilgebiete wie «Die Zukunft des Rheins», «Das Zeugnis von Venedig»; ein Interview mit dem Außenminister der BRD, Genschner, über die Schritte, die seine Regierung zum Schutz der Umwelt unternehmen wird; über die gesetzlichen Maßnahmen, die zur Schaffung eines internationalen Systems zum Umweltschutz nötig wären, oder die Rolle der Industrie im Kampf um die Erde und die notwendige Geburtenbeschränkung.

Im Juni veranstaltete die Wochenzeitschrift «Le Nouvel Observateur»[3] eine Debatte zwischen sieben bedeutenden Persönlichkeiten, worunter S. Mansholt, Herbert Marcuse, der Präsident der französischen kommunistischen Partei Edmond Maire, Edward Goldsmith, der Herausgeber von «The Ecologist». Eine Woche später fanden im Gebäude der UNESCO in Paris die vom Ministerium der Wirtschaft und der Finanzen während drei Tagen veranstalteten internationalen Begegnungen statt über «Wohin führt uns das Wachstum?».

Das Nullwachstum ist in den USA von Herbert Marcuse schon vor mehreren Jahren propagiert worden: («Zero Growth» und seine Verteidiger, die «zegists»). Giscard D'Estaing, der französische Finanzminister, schlägt dagegen vor, das Wachstum zu zivilisieren, wie er auch Mansholts Vorschlag zur «Abschaffung der Erbschaft» auf eine Begünstigung der «Gleichheit der Chancen» abschwächt.

Den intensivsten Widerstand findet Mansholt in seiner eigenen Kommission; vom Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaften, Raymond Barre, der die MIT-Studie durch seine Beamten hat analysie-

---

1) La lettre Mansholt. Texte intégral. Réactions et commentaires. éd. J. J. Pauvert, Paris.
2) «Le Monde», 13 avril, p. 17-26.
3) «Le Nouvel Observateur», 19 juin 1972.

ren lassen. Die Untersuchung läuft darauf hinaus, daß ihre Autoren in allen Punkten «weniger pessimistisch» sind als der Club of Rome. Pierre Drouin in «Le Monde» (16. Juni 1972) überschreibt die Polemik Barre-Mansholt richtig mit «Zwei verschiedene Wellenlängen» und sieht in ihr den tiefen Widerspruch unserer Gesellschaft. Der Schluß, den dieser Kolumnist aus der Debatte zieht, scheint uns sehr weise. Nach der Feststellung, daß die rationellen Argumente weder Mansholt noch Barre den Vorrang geben und einem Hinweis auf Pascal schließt er:

> «Selbst wenn die ökologische Katastrophe nicht am Ende unseres Weges steht, was riskieren wir, wenn wir ein Modell viel schwächeren Wachstums verteidigen, in dem die immateriellen Güter über die gegenständlichen den Sieg davontragen, in dem die Natur weniger versklavt ist, die Arbeit weniger hektisch; in dem Erziehung, Gesundheit und Kultur mehr gepflegt werden, selbst wenn sie das Bruttosozialprodukt (frz.: PNB) weniger anwachsen lassen.»

Hierher gehört ein Hinweis auf den Artikel eines Schweizers, Professsor Dr. rer. pol. Emil Küng «Die Konsumgesellschaft — was kommt nachher?» («Pro», April 1972), der sich zwar keineswegs auf die MIT-Studie bezieht, aber aus der heutigen Lage ähnliche Konsequenzen zieht wie Mansholt. So stellt er fest: «Es hat ein Übergang stattzufinden von der Konsumgesellschaft von heute zu der Kulturgesellschaft von übermorgen», deren «vorherrschender Weltanschauung es weit eher entsprechen würde, wenn das Wettrennen nach dem Wohlleben verpönt wäre.» «Was wir brauchen, sind andere Bedürfnisse und Ziele. Nicht mehr der Snobpionier darf unser Vorbild sein, dem wir nacheifern, sondern der Kulturpionier, der Lebenskünstler.» «Wenn immaterielle Güter den Charakter von Statussymbolen erlangen, statt wie bisher materielle Demonstrationsobjekte, so liegt das vollkommen in der Linie dessen, was angestrebt werden muß.» Besonders erfreulich an dieser Abrechnung mit der Welt von heute scheint uns, daß sie ein Professor der Wirtschaftswissenschaften vornimmt. Er ist sich allerdings bewußt, daß das gezeichnete Bild der Kulturgesellschaft eine Utopie darstellt, aber in seiner Überzeugung, daß wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen, sieht er den Sinn dieser Utopie darin, daß sie zeigt, wohin die Reise führen soll.

Aus deutschen Zeitungen oder Zeitschriften kennen wir, außer einigen kürzeren Stellungnahmen, nur die gründliche und sachliche Analyse in «Die Zeit» vom 17. März 1972 und die Auseinandersetzung im «Spiegel» vom 15. Mai 1972, die positive und negative Stellungnahmen gegeneinander abwägt. In einer programmatischen Rede an der Lindauer Nobelpreisträger-Tagung kam Willy Brandt zum Schluß, Umweltpolitik diene auch der Sicherung des Friedens, sie sei eine verlängerte Friedenspolitik.

Wie ist das Echo in der Schweiz? Sachliche Analysen in verschiedenen Tageszeitungen, besonders zahlreich auch in der «Neuen Zürcher Zeitung», so etwa am 17. Juli. «Umweltschutz als Managementaufgabe», wo es vom Manager heißt, daß heute schon seine vornehmste Aufgabe sei, die Zukunft zu gestalten und «morgen wird er nach allgemeiner Überzeugung das Überleben zu sichern haben». Nach solchen, die Arbeit der siebzehn Wissenschafter (die ja selber auf die Unmöglichkeit einer auf ersten Anhieb umfassenden Studie aufmerksam machen) ernsthaft würdigenden Stellungnahmen, wirkt die dreiseitige Auseinandersetzung mit dem Thema des Umweltschutzes in der evangelischen Zeitschrift «Reformatio» besonders bestürzend. Der Verfasser der Rubrik «Eidgenössisches», ein Politiker in verantwortlicher Stellung, gibt sein eidgenössisches Urteil ab, allem Anschein nach ohne gründliche Kenntnis der Studie. Für ihn vermischt das Buch Halb- und Ganzwahrheiten, und dessen «pessimistische Prognose ist (für ihn) lediglich der Beweis für einen offensichtlichen Mangel an Vertrauen in die menschliche Intelligenz». Ja sogar als mangelndes Vertrauen «in den Schöpfer» betrachtet der Politiker «das lautstarke Geschrei über den unmittelbar bevorstehenden Untergang der Menschheit», denn nach ihm «müßte dann eben die Besiedelung anderer Sterne von der Vision in die Tat transponiert werden». Es wäre interessant, in diesem Punkt die Meinung der verschiedenen theologischen Redaktoren zu kennen. Uns erscheint dieser Gedanke als Hybris, menschliche Überheblichkeit. Im Leserbrief einer Zürcher Zeitung wird der Verfasser, im Zusammenhang mit seiner Ansprache an einer Generalversammlung, als «Prophet der neuen Weltreligion des Bruttosozialprodukts» bezeichnet. — Seine Überlegungen zur UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm dürfen nicht unbeachtet bleiben, weil sie ein wichtiges Thema berühren, das wir allerdings auch anders sehen. Für ihn waren es alle westlichen Demokratien, die dort dem Wachstumsdenken abgeschworen haben, und seine Überlegungen enden mit der Frage: «Wer hat ein Interesse daran, daß sich die westlichen Länder in Selbstbeschränkung üben, während er selber daneben steht, unaufhaltsam wächst und sich ins Fäustchen lacht?» Dazu denken wir, daß die zum Abschluß der Konferenz in Stockholm verfaßten UNO-Grundsätze zum Umweltschutz, sich an alle Staaten wenden, auch an diejenigen, die dort nicht anwesend waren. Die Ostblockländer hatten nicht «von Anfang an» die Absicht der Konferenz fern zu bleiben, sondern erst nachdem man der DDR den Zutritt verweigert hatte. Daß aber von den Entwicklungsländern nicht dieselbe Beschränkung erwartet werden kann, wie von den hochindustriellen Ländern, die jetzt schon ein Vielfaches zur Umweltverschmutzung beitragen, sollte begreiflich sein. Da aber im Interesse der Erhaltung des Gleichgewichts nicht zugelassen werden kann, daß die Entwicklungsländer dem Verschmutzungsgrad der Industrieländer gleichkommen, müssen eben

diese ihr Übermaß abbauen, um den andern ein Mindestmaß zu ermöglichen. Wer den großen Rückstand der Dritten Welt in der Entwicklung kennt, ist sich bewußt, daß es nicht leicht sein wird, ein richtiges und gerechtes Maß in der Stabilisierung des Weltwachstums zu finden. Dabei ist es begreiflich, daß die Entwicklungsländer allen Maßnahmen mit Mißtrauen begegnen. Ferner zeichnet sich die Gefahr heute schon ab, daß einerseits umweltverschmutzende Industrien in die Dritte Welt verlegt werden und anderseits Produkte, die bei uns verboten werden, in die Dritte Welt abgeschoben werden.

Zum Schluß noch ein Echo aus der welschen Schweiz. Unter dem Titel «Ein revolutionärer Vorschlag: das Wachstum stoppen», bringt die vierzehntäglich erscheinende Zeitung «L'Essor» ihre Stellungnahme zur MIT-Studie und vor allem zu den Vorschlägen Mansholts. Sie erfaßt das Kernproblem «es handelt sich nicht darum, auf irgend etwas zu verzichten, sondern darum, die Gesamtheit der menschlichen Anstrengungen anders zu orientieren, ein anderes Ideal zu entdecken als dasjenige des maximalen materiellen Komforts.»

Es ist nicht leicht, aus dem verschiedenartigen Widerhall, den die MIT-Studie ausgelöst hat, endgültige Konsequenzen zu ziehen. Die Probleme sind vielschichtig und zum Teil gegensätzlich. Diese Tatsache darf aber nicht dazu führen, den Dingen wie bisher ihren Lauf zu lassen.

Wäre es wirklich so unmöglich, so unrealistisch, sich auf ein einfacheres Leben einzustellen? B. Wicke

Südafrikanische Barbarei, wann nimmt sie ein Ende?

Unsere Leser sind nachgerade im Bilde über die Situation der Schwarzen und Mischlinge in Südafrika. Wir haben in sehr vielen Aufsätzen und Meldungen auf die Tendenz der südafrikanischen Regierung hingewiesen, jeden Widerstand gegen die Apartheid als Kommunismus zu brandmarken. Wir glauben, die wiederholte Durchleuchtung der faschistischen und neofaschistischen Strömungen, sei es im südlichen Afrika oder in Teilen Europas rechtfertige sich, angesichts der «Ruhe und Ordnung»-Mentalität, die sich so gerne mit der «Geschäft um jeden Preis-Gesinnung» paart und die auch schweizerischen Milieus nicht fremd ist.

Die Schwarzen standen lange Jahre allein gegen die nationalistische Regierung, die 1948 an die Macht kam. Die United Party, die parlamentarische Opposition, die Handels- und Industriekreise vertritt, nahm Anstoß an der Brutalität, mit der das System der Rassentrennung ge-